

foodwatch-Marktstudie: Mehr als jedes zweite Erfrischungsgetränk überzuckert – foodwatch fordert Zucker-Abgabe für Getränke-Hersteller

geschrieben von Andreas | 24. August 2016
Pressemitteilung

- Knapp 60 Prozent der untersuchten Erfrischungsgetränke enthalten zu viel Zucker
- Energy Drinks schneiden am schlechtesten ab, aber auch Schorlen sind zuckriger als empfohlen
- foodwatch fordert Zucker-Abgabe für Getränke-Hersteller

Berlin, 24. August 2016. Mehr als jedes zweite „Erfrischungsgetränk“ in Deutschland ist überzuckert. Das ist das Ergebnis einer umfassenden Marktstudie der Verbraucherorganisation foodwatch. Demnach enthalten 274 von insgesamt 463 untersuchten Produkten (59 Prozent) mehr als fünf Prozent Zucker. In 171 Produkten (37 Prozent) stecken sogar mehr als acht Prozent Zucker, also sechseinhalb Stück Würfelzucker pro 250ml. Zuckergetränke mit einem Anteil von mehr als fünf Prozent gelten in Großbritannien als überzuckert. Für sie müssen Hersteller ab 2018 eine Abgabe zahlen. Als Anreiz für die Getränke-Industrie, den Zucker zu reduzieren, fordert foodwatch eine ähnliche Regelung auch für Deutschland.

„Erfrischungsgetränke machen nicht frisch, sondern krank. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Hersteller mit einer Zucker-Abgabe in die Pflicht nimmt: Entweder reduzieren

Pepsi, Coke & Co den Zuckergehalt drastisch, oder sie müssen sich an den milliardenschweren Gesundheitskosten beteiligen und Präventionsprogramme finanzieren“, erklärte Oliver Huizinga von foodwatch.

foodwatch hat erstmals den deutschen Markt der sogenannten Erfrischungsgetränke umfassend untersucht und dafür alle entsprechenden Produkte aus dem Sortiment der drei größten Handelsketten unter die Lupe genommen. Getestet wurden Limonaden, Energy Drinks, Saftschorlen, Brausen, Eistees, Near-Water-Getränke und Fruchtsaftgetränke. Im Schnitt enthalten die zuckergesüßten Getränke mehr als sechs Stück Würfelzucker je 250ml. Energy Drinks und Limonaden rangieren ganz oben auf der Liste. Der Hersteller PepsiCo schneidet unter den Branchengrößen am schlechtesten ab: Seine Zuckergetränke enthalten im Schnitt elf Prozent Zucker.

„Flüssiger Zucker in Form von Getränken erhöht das Risiko für Fettleibigkeit, Typ-2-Diabetes und andere Krankheiten“, sagte Prof. Dr. med. Wieland Kiess, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, Universitätsklinikum Leipzig, bei der Vorstellung der Studie am Mittwoch in Berlin. „Im internationalen Vergleich ist die Gesundheitspolitik in Deutschland mehr als zaghaft – andere Regierungen gehen die Fettleibigkeits-Epidemie viel konsequenter an.“

Deutschland ist eines der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an zuckergesüßten Getränken weltweit, mit mehr als 80 Liter pro Jahr. Aktuell sind etwa sechs Millionen Menschen in Deutschland an Typ-2-Diabetes erkrankt. Allein durch Adipositas entstehen in Deutschland jedes Jahr etwa 63 Milliarden Euro Folgekosten.

Die süßesten Limonaden sind „tem's Root Beer“ des Herstellers temetum mit 13,4 Prozent Zucker, gefolgt von „Christinen Lemon“ von Teutoburger Mineralbrunnen und „Mountain Dew“ von PepsiCo. Das zuckrigste Getränk des gesamten Tests ist der Energy Drink „Rockstar Punched Energy + Guava“ (PepsiCo) mit

16 Prozent Zucker – also 78 Gramm bzw. 26 Zuckerwürfeln je 500ml-Dose. Das ist drei Mal so viel, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) pro Tag empfiehlt – und 50 Prozent mehr als in der gleichen Menge Coca-Cola classic.

Aber auch Saftschorlen enthalten mehr Zucker als empfohlen, darunter die „fritz – spritz Bio – Traubensaftschorle“ und die „Bio Shorly Rote Früchte“ von Capri Sonne mit jeweils mehr als sieben Prozent. Während die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt, Fruchtsaft und Wasser im Verhältnis 1:3 zu mischen, beträgt das Mischverhältnis bei den meisten getesteten Schorlen 1:1 – was einen höheren Zuckergehalt zur Folge hat. Dass es auch anders geht, zeigt hingegen der Hersteller Bad Liebenwerda mit der „Leichten Schorle Apfel“, in der lediglich 3,3 Prozent Zucker stecken. Auch unter den vermeintlich gesunden Near-Water-Getränken gibt es Licht und Schatten: Während „Apollinaris Lemon“ (Coca-Cola) und Bad Liebenwerda „Spritzig + Citro“ keinen Zucker und auch keine Süßstoffe enthalten, stecken in „Active 02 Lemon“ und „Active 02 Pfirsich Weißer Tee“ mehr als 50 Gramm Zucker in einer 750ml-Flasche.

Lediglich 55 von 463 Getränken im Test sind zuckerfrei. Davon enthalten jedoch 89 Prozent Süßstoffe. Auch süßstoffgesüßte Getränke sind umstritten: Sie tragen zu einer Süßgewohnung bei, die eine (zuckerreiche) Fehlernährung begünstigt und damit womöglich die Entstehung von Übergewicht und Typ-2-Diabetes fördert.

Neben einer zweckgebundenen Hersteller-Abgabe verlangt foodwatch eine verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung in Ampelfarben sowie gesetzliche Beschränkungen der an Kinder gerichteten Werbung mit Sportidolen, Comicfiguren oder Spielzeugbeigaben.

Links:

– foodwatch-Marktstudie zum Download: [tinyurl.com/getraenke-](https://tinyurl.com/getraenke)

studie

– Fotostrecke mit Rankings und Produkten:
tinyurl.com/foodwatch-download

Redaktionelle Hinweise:

– Faktenblatt zu den Gesundheitsgefahren von Zuckergetränken:
tinyurl.com/hpbaoz2
– Infos zur britischen Hersteller-Abgabe für Zuckergetränke:
tinyurl.com/jutpbh8

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Dario Sarmadi

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Rückwärtsgewandte Lobbyarbeit Auslobung als „natürliche Zutat“ für Verbraucher irreführend

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

Pressemitteilung

Bad Brückenau, 26.07.2016

Was ist ein „natürliches“ Lebensmittel? Das ist ein Mittel zum Leben, ökologisch erzeugt und so ursprünglich wie möglich. Ein Bild, das sich bei vielen Verbrauchern etabliert hat und heute gesellschaftliches Allgemeingut ist. Eine Prämisse, die sich die ökologische Lebensmittelbranche auf die Fahne

schreibt. Mit dem neuen Entwurf zur ISO-Norm ändert sich das. Das Vertrauen der Verbraucher wird erneut auf eine Probe gestellt.

„Wenn extrem hochverarbeitete Produkte noch als ‚natürliche Zutat‘ bezeichnet werden sollen, grenzt das an Absurdität“, so Dr. Alexander Beck, Geschäftsführer der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL e.V.).

Nach dem aktuellen ISO-Norm-Entwurf ISO/DIS 19657 („Definitions and technical criteria for food ingredients to be considered as natural“) können jedoch nahezu alle Produkte als „natürliche Zutat“ bezeichnet werden. Auch wenn diese umfanglichsten Verarbeitungsverfahren unterzogen wurden oder aus einer hoch industrialisierten Landwirtschaft stammen. So können nach der vorgeschlagenen Definition zum Beispiel auch hoch gereinigte und in Fettsäuren zerlegte Ölderivate noch als natürliche Zutat bezeichnet werden.

Bisher soll die in Vorbereitung befindliche ISO-Norm nur für die Kommunikation der Hersteller (sogenannte „Business to Business“) gelten. Sie wird aber sicherlich die Grundlage für die künftige Verbraucherkommunikation darstellen.

„Das werden die Verbraucher nicht verstehen. Dieser Vorschlag ist nicht dazu geeignet unser höchstes Gut, das Vertrauen unserer Kunden, zu stärken“, so Beck. „Im Gegenteil: dieser Vorschlag hat das Zeug, das Misstrauen der Bürger gegen die Lebensmittelverarbeitung weiter zu nähren. Das ist das Letzte, was die Hersteller heute brauchen. Dieser Normenvorschlag ist ein Produkt schlechter und rückwärtsgewandter Lobbyarbeit.“

Die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller ist ein Zusammenschluss von 97 Unternehmen (Juli 2017) der Lebensmittelwirtschaft. Ihre Mitglieder aus Deutschland, Österreich, Schweiz und den Niederlanden erwirtschaften einen Bio-Umsatz von über 3 Milliarden Euro. Im Zentrum der Arbeit

stehen die politische Interessenvertretung sowie die Förderung des Austauschs und der Kooperation der Mitglieder untereinander.

Pressekontakt:

Anne Baumann

Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V.

Untere Badersgasse 8 | 97769 Bad Brückenau | Tel: 09741- 938 733 – 0 anne.baumann@aoel.org | www.aoel.org

ABO Wind-Parkmanager präsentieren neue Produkte in Hamburg

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

- Erste Teilnahme an der Messe WindEnergy
- Elektronisches WEA-Zugangssystem ermöglicht Wahrnehmung der Anlagenverantwortung
- Mit IP-Retrofit bleibt Windpark erreichbar – auch ohne analogen Anschluss

(Wiesbaden, 22. August 2016) Erstmals beteiligt sich ABO Wind vom 27. bis 30. September an der WindEnergy in Hamburg (Halle A4, Stand 109). Im Zentrum des Messestands stehen die Angebote und Leistungen des technischen Windpark-Managements. „Wir haben auch einige neue Produkte, die wir in Hamburg vorstellen“, berichtet Vorstand Matthias Bockholt. Dazu zählt „ABO Lock“ – ein in Zusammenarbeit mit der Firma Deister Electronics entwickeltes elektronisches Schließsystem für Windkraftanlagen mit Zugangskontrolle. Mit ABO Lock kommen jene zuverlässig und ohne Schlüssel in die Anlage, an den Schaltschrank oder in den Fahrstuhl, die dazu qualifiziert und

berechtigt sind – und sonst niemand. Das System bietet mehr Sicherheit, vermindert Kosten und Verwaltungsaufwand – und ermöglicht überhaupt erst die Wahrnehmung der Anlagenverantwortung.

Großer Resonanz erfreut sich bereits vor der Messe eine von ABO Wind entwickelte Lösung für Windparks mit analogem Anschluss. Die Telekom stellt aktuell sukzessive alle analogen und ISDN-Anschlüsse ab. Mit „IP-Retrofit“ von ABO Wind können Mita-gesteuerte Anlagen mit einem digitalen Breitbandanschluss (DSL, Mobilfunk oder Satellit) sicher erreicht und betrieben werden. Die technische Lösung bietet hohe Datensicherheit, Variabilität durch bis zu 30 unabhängige VPN-Verbindungen und kann vom Betreiber selbst eingebaut werden.

„ABO Bat Link“ vereinfacht das Fledermausmonitoring: Mit dem Gerät können Batcorder aus der Ferne ausgelesen werden. Das erspart teure Serviceeinsätze, um in der Anlage Chipkarten zu tauschen, und reduziert das Risiko eines Datenverlusts.

Kontakt:

Kathrin Dorscheid

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-531; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 531

kathrin.dorscheid@abo-wind.de

www.abo-wind.de

Gutachten zu CETA: “vorläufige“ Anwendung des Handelsvertrages kann zum Dauerzustand werden

geschrieben von Andreas | 24. August 2016
Pressemitteilung

- Die EU will CETA “vorläufig” in Kraft setzen; das entwertet die Ratifikationen durch die nationalen Parlamente
- Bündnis aus BUND, Campact, Greenpeace, foodwatch und Mehr Demokratie startet E-Mail-Petition an Wirtschaftsminister Gabriel, der “vorläufigen” Anwendung von CETA nicht zuzustimmen
- ZDF-Kabarettist Max Uthoff (“Die Anstalt”) nimmt in Online-Sketch die “vorläufige” Anwendung aufs Korn

Berlin, 22. August 2016. Wenn das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada wie geplant “vorläufig” angewendet wird, kann daraus ein Dauerzustand werden. Der Grund: Selbst wenn ein nationales Parlament den CETA-Vertrag nicht ratifiziert, könnte das Abkommen trotzdem weiter angewendet werden. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Völkerrechtlers Prof. Wolfgang Weiß von der Universität Speyer. “Die ,vorläufige’ Anwendung des CETA-Vertrags macht die nationalen Ratifikationen zum sinnentleerten Geschehen”, kritisierte Weiß. Die EU-Kommission plant, das Freihandelsabkommen CETA als Ganzes “vorläufig” in Kraft zu setzen, noch bevor eines der nationalen Parlamente der EU darüber abgestimmt hat.

Um die “vorläufige” Anwendung des CETA-Vertrages zu stoppen, starten die Organisationen BUND, Campact, Greenpeace, foodwatch und Mehr Demokratie eine gemeinsame E-Mail-Petition

an Sigmar Gabriel. Darin rufen sie den Wirtschaftsminister dazu auf, einem entsprechenden Beschluss im EU-Ministerrat nicht zuzustimmen. "Sonst werden Parlamente zu nachgeordneten Notariatsstuben degradiert", kritisierte Roman Huber, geschäftsführender Bundesvorstand von Mehr Demokratie. "Das geplante Vorgehen der EU-Kommission ist verfassungsrechtlich mit guten Chancen angreifbar."

CETA greift als Freihandelsabkommen einer neuen Generation massiv in das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger ein. Dabei ist das europäisch-kanadische Abkommen keineswegs harmloser als TTIP, der noch nicht fertig verhandelte Vertrag zwischen EU und USA. Beide hätten erhebliche Auswirkungen auf europäische Standards zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern.

Das Vorsorgeprinzip – ein Kernprinzip des Gesundheitsschutzes der EU – ist mit CETA gefährdet. Auf den rund 1.600 Seiten des Vertrages werde es nicht ein einziges Mal erwähnt, kritisierte Matthias Flieder, Handels-Experte von Greenpeace: "Bisher ermöglicht es das Vorsorgeprinzip, Gentechnik, Pestizide und Chemikalien zu verbieten, solange Risiken für die Gesundheit nicht klar ausgeschlossen sind. Das wäre mit CETA kaum mehr möglich." Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ergänzte: "Die EU-Kommission hat es versäumt, in CETA das Vorsorgeprinzip zu verankern. Standards zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt stehen bereits jetzt unter Beschuss, wie wir am Beispiel hormonell wirksamer Schadstoffe erleben. Kommt CETA, so würde das Vorsorgeprinzip vollständig ausgehebelt werden – ein Super-GAU für Verbraucher und Umwelt."

Im CETA-Vertrag werden zudem Ausschüsse gebildet, deren Befugnisse demokratisch nicht legitimiert sind und die in die Regelungshoheit von Bundestag und Bundesrat eingreifen. Selbst wenn nur Teile von CETA "vorläufig" angewendet werden, bekommen die Bürgerinnen und Bürger die Konsequenzen zu spüren, noch bevor ihre Repräsentanten, die Parlamentarier, darüber abgestimmt haben. "Das höhlt unsere Demokratie aus",

sagte Maritta Strasser, verantwortliche Campaignerin bei Campact. "Es ist deshalb wichtig, dass so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich unsere Petition an Minister Gabriel unterschreiben."

Dass die "vorläufige" Anwendung geradezu absurde Züge annehmen könnte, zeigt ein Video der ZDF-Macher von "Die Anstalt". In einem eigens für das Bündnis produzierten Sketch nimmt Max Uthoff als "CETA-Lobbyist" das Freihandelsabkommen aufs Korn. "Wir freuen uns sehr über diese bitterböse Satire, die CETA auf die Spitze treibt", so foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode. "Leider ist das geplante Abkommen mit Kanada alles andere als ein Spaß. Wenn die ,vorläufige' Anwendung erst einmal vom EU-Ministerrat abgesegnet wurde, kann aus ,vorläufig' schnell ,endgültig' werden."

Links und weiterführende Informationen:

- Gutachten zur "vorläufigen" Anwendung: tinyurl.com/jcebd8u
- E-Mail-Aktion an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel: www.ceta-aktion.foodwatch.de
- Video "Max Uthoff als CETA-Lobbyist": youtu.be/Gv85Qj3anfI

Pressekontakte:

BUND, Annika Natus, presse@bund.net
030 / 2 75 86 464

Campact, Svenja Koch, presse@campact.de
04231 / 95 75 90

foodwatch, Sylvie Ahrens, presse@foodwatch.de
030 / 24 04 76 290, 0174 / 375 16 89

Greenpeace, Constanze Klinghammer,
constanze.klinghammer@greenpeace.de
0175 / 3454 113

Mehr Demokratie, Anne Dänner, presse@mehr-demokratie.de
0178 / 816 3017, 030 / 420 823 70

ABO Wind eröffnet Büro in Dortmund

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

- Zweite Niederlassung stärkt das Engagement in NRW
- ABO Wind sieht großes Potenzial für den Windkraftausbau des Landes
- 16 Mitarbeiter kümmern sich nun um das Bundesland

(Wiesbaden/Dortmund, 18. August 2016) ABO Wind hat Mitte August eine Dependence in Dortmund eröffnet und damit das Engagement in Nordrhein-Westfalen ausgeweitet. Die vier Vollzeit-Mitarbeiter kümmern sich vor allem um die Regionen Ostwestfalen, Ruhrgebiet, Sauerland und Rheinland. Das bereits 2014 eröffnete Büro in Rheine hat sich sehr gut etabliert. Vier Kollegen betreuen von diesem Standort aus schwerpunktmäßig Projekte im Münsterland, in der Grenzregion zu Niedersachsen sowie in Ostwestfalen-Lippe. Unterstützt werden die Planer in Nordrhein-Westfalen von acht Mitarbeitern am Wiesbadener Firmensitz.

„Das zweite Regionalbüro ermöglicht es uns, den Ausbau der Windkraft in Nordrhein-Westfalen noch besser mitzugestalten“, sagt Teamleiterin Ute Schulmeister. Der im vergangenen Jahr überarbeitete Windenergieerlass NRW dokumentiert das Potenzial: Im Jahr 2020 sollen 15 Prozent des in NRW produzierten Stroms aus Windkraft stammen. 2013 waren es knapp drei Prozent. „Wir sehen gute Chancen, uns als Projektentwickler mit mehr als 20-jähriger Erfahrung einzubringen und die Energiewende des Landes weiter voranzutreiben“, sagt Schulmeister. Laut einer Studie des Umweltministeriums könnten unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf Freiflächen und in ausgewählten Waldarealen des Bundeslandes jährlich rund 71 Terawattstunden

Windstrom erzeugt werden. Das entspricht in etwa der Strommenge, die jährlich alle Braunkohlewerke in NRW produzieren.

Pressekontakt

Dr. Daniel Duben

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-577; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 577

daniel.duben@abo-wind.de

www.abo-wind.de

Ausgezeichnete Umweltbildung: Green City e.V. ist Lernort des UNESCO Weltaktionsprogramms

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

Pressemitteilung

München, 17. August 2016

Die Münchner Umweltorganisation Green City e.V. wurde im Rahmen des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung für seine Bildungsprojekte und die gelebte Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Das UNESCO Weltaktionsprogramm ist der Nachfolger der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Wie kann Nachhaltigkeit fest in den Strukturen der deutschen Bildungslandschaft verankert werden? Beim ersten nationalen Agendakongress BNE verliehen die Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka und die Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Prof. Dr. Verena Metze-Mangold Auszeichnungen an gute Beispiele gelebter Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Green City e.V. wurde als einer von deutschlandweit 65 Lernorten ausgezeichnet, die Nachhaltigkeit in den Strukturen des deutschen Bildungssystems verankern und damit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die Münchner Umweltorganisation zeigt, dass Klimaschutz Spaß macht und Lebensqualität nicht mit klimaschädlichen Aktivitäten zusammenhängt. Dabei redet Green City e.V. nicht nur über die Senkung von Treibhausgasen, sondern treibt diese mit konkreten Maßnahmen und Aufklärungsarbeit voran. Umweltbildungsprojekten zum Thema Energieeinsparung und Energieeffizienz, Aktivitäten zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs sowie gemeinschaftliche Begrünungsaktionen demonstrieren, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung funktioniert. Alle Projekte von Green City e.V. fördern aktive Teilhabe, um eigenverantwortlich die Zukunft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Damit sorgt Green City für gutes Klima und erreicht pro Jahr knapp 8000 Lernende.

Veronika Fröhlich aus dem Umweltbildungsteam von Green City e.V. freut sich über die Auszeichnung: „Mit unseren Projekten wie der Energieschule München oder Carrotmob macht Schule zeigen wir unseren TeilnehmerInnen, wie sie selbst mit einfachen Verhaltensänderungen Einfluss auf eine nachhaltige Zukunft nehmen können und legen den Grundstein für ein umweltbewusstes Leben. Dass wir dafür nun von der UNESCO als Lernort ausgezeichnet wurden, macht uns stolz.“

Green City stellt seine Bildungsprojekte auch auf der Homepage www.bne-portal.de vor.

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie hier kostenfrei herunterladen:

<https://goo.gl/9kpfIm>

Ihre AnsprechpartnerInnen bei Green City e.V.:

Katja Sorg, Kommunikation

Mail: presse@greencity.de, Tel: (089) 890 668 -312

Veronika Fröhlich, Umweltbildung

Mail: veronika.fröhlich@greencity.de, Tel: (089) 890 668 -330

Über Green City e.V.

Green City e.V. ist seit 1990 als Umweltorganisation für ein grüneres München aktiv. 25 MitarbeiterInnen setzen sich zusammen mit rund 1.500 Ehrenamtlichen und Mitgliedern für stadtverträgliche Mobilität, verantwortungsvollen Umgang mit Energie, nachhaltige Stadtgestaltung, und Umweltbildung für alle Altersgruppen ein. 150 Projekte und Veranstaltungen pro Jahr bieten Umweltschutz zum Anfassen und Mitmachen. Weitere Informationen unter www.greencity.de.

Über Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln. Sie versetzt Menschen in die Lage, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und abzuschätzen, wie sich eigene Handlungen auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirken. In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem UNESCO Weltaktionsprogramm (2015-2019) ist die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung als Ziel für die Weltgemeinschaft festgeschrieben.

Trendbericht zur FAIR FRIENDS 2016: Die neue Nachhaltigkeit: Umweltbewusst, sozial verträglich, wirtschaftlich

geschrieben von Andreas | 24. August 2016
Medien-Information

Immer mehr Menschen in Deutschland besinnen sich auf ihre soziale und ökologische Verantwortung, überprüfen kritisch die eigene Lebensweise, ändern vielfach ihre Gewohnheiten. Dieses Umdenken prägt letztlich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Auch Wirtschaft und Politik sind beim Thema Nachhaltigkeit zunehmend gefragt. Als Messe für Neue Lebensmodelle, Fairen Handel und Gesellschaftliche Verantwortung lotet die FAIR FRIENDS (1. bis 3. September 2016) in der Messe Westfalenhallen Dortmund Schnittmengen zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem neu aus. Sie liefert Impulse für praktisch gelebte Nachhaltigkeit und zeigt die vielen Facetten dieses hochkomplexen Themas. [...]

Den ausführlichen Trendbericht zur FAIR FRIENDS 2016 mit exemplarischen Aussteller-Fotos finden Sie hier:
<http://www.fair-friends.de/presse/pressemitteilungen/news/detail/News/trendbericht-zur-fair-friends-2016.html>

Karolin Heinrigs
Marketing- und Unternehmenskommunikation
Telefon: +49 (0) 231 1204-556
Fax: +49 (0) 231 1204-724
Karolin.Heinrigs@westfalenhallen.de

Bundesregierung muss Zukunftschancen durch Umschichtung der EU- Agrargelder nutzen

geschrieben von Andreas | 24. August 2016
Pressemitteilung vom 17.08.2016

Mainz/Darmstadt/Gräfelfing, 17. August 2016. Bioland, Demeter und Naturland fordern die Bundesregierung auf, jetzt 15 Prozent der Agrar-Direktzahlungen der 1. Säule zugunsten von Umwelt, Tier- und Klimaschutzmaßnahmen in die 2. Säule umzuschichten. Dieser Spielraum der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) muss genutzt werden, um die nationalen Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und die Einkommen nachhaltig wirtschaftender Betriebe langfristig zu sichern.

Für eine Agrarwende hin zu mehr Nachhaltigkeit ermöglicht es die EU, 15 Prozent der Agrar-Direktzahlungen aus der 1. Säule für gezielte Agrarumweltmaßnahmen in die 2. Säule umzuschichten. In Deutschland werden bisher nur 4,5 Prozent umgewidmet. So verpasst die Bundesregierung bislang die Chance, wichtige Ziele ihrer Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsstrategien umzusetzen.

„Wenn die Bundesregierung ihre eigenen Ziele im Umweltschutz und zur Ausdehnung des Ökolandbaus auf 20 Prozent der Agrarfläche erreichen will, muss sie die EU-Agrargelder entsprechend umwidmen“, sagt Jan Plagge, Präsident von Bioland. „Mit der Umschichtung von weiteren 10,5 Prozent stünden den Bundesländern ab 2019 jährlich rund 500 Mio. Euro

für eine Honorierung der Betriebe für Mehrleistungen im Umwelt-, Klima-, und Tierschutz zur Verfügung. Die Bezahlung dieser öffentlichen Güter sichert so einen wichtigen Teil der landwirtschaftlichen Einkommen.“

In einigen Bundesländern sind schon jetzt, im ersten Drittel der Förderperiode, wichtige Agrarumweltmaßnahmen und die Ökolandbauförderung wegen Unterfinanzierung gestrichen worden. So werden im Saarland keine neuen Anträge für die Förderung des Ökolandbaus angenommen. In Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden weitere wichtige Agrarumweltmaßnahmen gestoppt. „Hier werden echte Rückschritte bei der Ökologisierung der Landwirtschaft riskiert“, warnt Demeter Aufsichtsratsvorsitzender Thomas Schmid, und weiter: „Landwirte brauchen Planungssicherheit, um auf ökologischen Landbau umzustellen, gerade in der derzeitigen Preiskrise. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt eine zukunftsweisende Entscheidung treffen, die den Ländern erlaubt, diese Planungssicherheit wiederherzustellen und Landwirte bei der Entscheidung für den Ökolandbau zu unterstützen.“

Rund 40 Prozent der Agrar-Direktzahlungen landen bei den Verpächtern und tragen somit wesentlich zur Steigerung der Pachtpreise bei. Dies schmälert die Einkommenswirkung für die Landwirte. Die erste Säule bleibt ineffizient. Auch die Umweltleistungen, die mit der 1. Säule über das Greening erbracht werden, leisten keinen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele. „Die Agrar-Direktzahlungen haben trotz des 2014 eingeführten Greening´s keinen bedeutenden positiven ökologischen Effekt. Im Gegenteil, in der derzeitigen Höhe zementieren sie die Verhältnisse und schwächen das Budget für effektive Umwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahme der 2. Säule“, sagt Hans Hohenester, Präsidiumsvorsitzender von Naturland. „Entscheidend ist daher, dass so viele Mittel wie möglich umgeschichtet werden. Es muss zweckgebunden in landwirtschaftliche Betriebe investiert zu werden: für Öko-

Landbau, Arbeitsplätze, Klima-, Tier- und Gewässerschutz“, betont Hohenester.

Zum Positionspapier der Verbände „Zukunftschancen der Gemeinsamen Agrarpolitik für Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz nutzen“

<http://www.naturland.de/images/Pressemitteilungen/PMs2016/160728-Verbndepapier-GAP-Zukunftschancen-nutzen.pdf>

Ansprechpartner:

- **Bioland:**

Geschäftsleiter Agrarpolitik und Kommunikation: Gerald Wehde

Tel.: 06131/239 79 20

E-Mail: [gerald.wehde\[at\]bioland.de](mailto:gerald.wehde@bioland.de)

- **Demeter:**

Politik und Öffentlichkeitsarbeit: Antje Kölling

Tel.: 030/54 86 08 84

E-Mail: [antje.koelling\[at\]demeter.de](mailto:antje.koelling@demeter.de)

- **Naturland:**

Referent Agrarpolitik Sebastian Mittermaier

Tel.: 089/89 80 82 27

E-Mail: [s.mittermaier\[at\]naturland.de](mailto:s.mittermaier@naturland.de)

Neubürgerradltouren: Servus in München

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

Terminhinweis

Die Radlhauptstadt München lädt Neubürgerinnen und Neubürger zu kostenfreien Radltouren ein. Erfahrene Tourguides zeigen am

3. September auf der Ringroute und am 8. September auf der Feierabendroute die schönsten Orte der Landeshauptstadt und vermitteln Wissenswertes rund ums Radeln in München.

Wer neu nach München gezogen ist, findet sich anfangs in der Stadt nicht immer leicht zurecht. Deshalb bietet die Radlhauptstadt München für alle „Zuagroasten“ im September gleich zwei Rundfahrten mit dem Rad an. Sie gibt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, die Radlhauptstadt München im wahrsten Sinne des Wortes zu erfahren.

Die Ringroute startet am 3. September um 15:30 Uhr am Verkehrszentrum des Deutschen Museums und umrundet auf 27 Kilometern einmal Münchens Mitte. Auf einer abwechslungsreichen Strecke durch den Westpark nach Sendling, entlang der Isar und weiter über Obergiesing, wird bis zum Ostbahnhof gefahren. Durch beliebte Stadtviertel wie Haidhausen, Schwabing und Neuhausen geht es zurück zum Verkehrszentrum, wo die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich bei einer Brotzeit im Biergarten an der Alten Messe stärken können.

Die Feierabendroute beginnt am 8. September um 18:30 Uhr am Verkehrszentrum und führt auf 15 Kilometern Länge vorbei an einigen der schönsten Sehenswürdigkeiten Münchens. Von der Alten Messe führt die Strecke durch das Westend, über die Hackerbrücke bis in die Maxvorstadt und den von der Universität geprägten Teil Schwabings. Anschließend durchquert die Gruppe den belebten Englischen Garten und hält Kurs auf den Friedensengel. Vom Prinzregentenplatz geht es weiter durch Haidhausen bis zum Kulturzentrum Gasteig und von dort entlang der Isar zurück nach Süden bis zum Sendlinger Tor, wo die Rundfahrt endet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben im Anschluss die Möglichkeit, bei einem Rundblick über München die Tour auf der Dachterrasse des Hotels Deutsche Eiche ausklingen zu lassen.

Die Neubürgerradltouren sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfrei, Voraussetzung ist eine verbindliche Anmeldung.

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie hier herunterladen:

<https://www.flickr.com/photos/49743195@N03/albums/72157664279386080/with/26057135022/>

Treffpunkt: Verkehrszentrum des Deutschen Museums, Am Bavariapark 5,

Schwanthalerhöhe, 80339 München

Veranstalter: Green City e.V. im Auftrag der Radlhauptstadt München

Anmeldung: Verbindliche Anmeldung an Andreas Schuster, neuburgerradltouren@radlhauptstadt.de, (089) 890 668 -319

Die Initiative „Radlhauptstadt München“ fördert den Fahrradverkehr in München. Sie wird im Auftrag der Landeshauptstadt München von der Bietergemeinschaft Green City e.V. / Green City Projekt GmbH und helios durchgeführt. Weitere Informationen unter www.radlhauptstadt.de.

Kontakt

Katja Sorg

Telefon: (089) 890 668 -312

Telefax: (089) 890 668 -66

E-Mail: presse@radlhauptstadt.de

„Verordnete Freiwilligkeit“ – Unternehmensverantwortung im

Wandel der Zeiten

geschrieben von Andreas | 24. August 2016

Bonn, 16. August 2016

Einladung zum Fachforum und anschließendem Jubiläumsempfang anlässlich des 25-jährigen Bestehens von SÜDWIND

Seit 25 Jahren setzt das SÜDWIND-Institut sich für eine gerechte Weltwirtschaft ein.

Darunter versteht das Institut politische Rahmenbedingungen, die soziale und ökologische Probleme verhindern. Auf dem Weg dahin haben auch freiwillige Selbstverpflichtungen und Standards ihren Platz. In einer gemeinsam von SÜDWIND und der Stadt Bonn organisierten Veranstaltung möchten wir die Erfahrungen mit der Wirkung von freiwilligen Selbstverpflichtungen und Multistakeholderprozessen bewerten und diskutieren. Dazu laden wir Sie herzlich ein
am Freitag, den 16.09.2016, von 13.30 – 17 Uhr,
in das Alte Rathaus der Stadt Bonn, Markt, 53111 Bonn.

Bei einem anschließenden Empfang um 17 Uhr möchten wir das 25-jährige Jubiläum
von SÜDWIND gemeinsam feiern.

Anmeldung bis zum 09.09.2016 zu Fachtagung und/oder Empfang
unter:

veranstaltungen@suedwind-institut.de

**Fachforum „Verordnete Freiwilligkeit“ –
Unternehmensverantwortung im Wandel der Zeiten
Freitag, 16.09.2016, von 13.30 – 17 Uhr, Altes Rathaus, Markt,
53111 Bonn
Ab 17 Uhr Jubiläumsempfang anlässlich des 25-jährigen
Bestehens von SÜDWIND**

Viele in Deutschland und in Bonn ansässige Unternehmen sind weltweit aktiv – als Importeure, Exporteure und Investoren.

Diese Rolle bringt für Unternehmen eine besondere Verantwortung für die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten in globalen Lieferketten mit sich. Viele global tätige Unternehmen sind in den letzten Jahrzehnten im Rahmen von freiwilligen Selbstverpflichtungen aktiv geworden. Solche Initiativen tragen jedoch oft nur bedingt zur Beseitigung von Missständen in der Lieferkette bei.

2011 wurden die Leitprinzipien der Vereinten Nationen zu Wirtschaft und Menschenrechten ins Leben gerufen. Für ihre Durchsetzung sollen die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne entwickeln. In Deutschland wird dieser zurzeit erarbeitet. In diesem Prozess diskutieren die Beteiligten auch verbindliche Vorgaben zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. SÜDWIND befasst sich seit vielen Jahren mit freiwilligen Selbstverpflichtungen und Standards, genauso wie es umfängliche Erfahrungen mit Multistakeholderprozessen und runden Tischen, wie dem Textilbündnis oder dem Forum Nachhaltiger Kakao, gesammelt hat.

In der Veranstaltung sollen diese Erfahrungen insbesondere am Beispiel des Textilsektors diskutiert werden. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten rechtlich zu verankern, erörtert. Dabei werden auch AkteurInnen zu Wort kommen, die sich an der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte beteiligt haben.

Programm

Moderation: Anke Bruns (Journalistin)

14 Uhr Lessons learned: Erfahrungen von SÜDWIND in der Arbeit mit Unternehmen World-Café

15:35 Uhr Vortrag von Prof. Dr. Markus Krajewski (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

„Sind menschenrechtlich verpflichtende Auflagen in international und national geltenden Gesetzen möglich?“

16 Uhr Podiumsdiskussion: Gesetzliche Verankerung oder verbindlicher gestaltete Freiwilligkeit? – Welcher Weg führt zur menschenrechtlichen Sorgfalt?

- Prof. Dr. Markus Krajewski
- Frank Schwabe, Menschenrechtlicher Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Paul Noll, Stellvertretender Abteilungsleiter Europäische Union und Internationale Sozialpolitik, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- SÜDWIND

Ab 17 Uhr Empfang

Eröffnung: Bürgermeisterin Angelica Maria Kappel